

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken

Beteiligt:

20 Stadtkämmerei

67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb

SEH Stadtentwässerung Hagen - Anstalt öffentlichen Rechts

Betreff:

Anliegerbeitragspflichtige Wiederherstellungsmaßnahmen an Straßen

Beratungsfolge:

05.04.2006 Bezirksvertretung Haspe
05.04.2006 Bezirksvertretung Hohenlimburg
26.04.2006 Bezirksvertretung Hagen-Nord
26.04.2006 Bezirksvertretung Eilpe/Dahl
02.05.2006 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
09.05.2006 Stadtentwicklungsausschuss
08.06.2006 Haupt- und Finanzausschuss
22.06.2006 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:**Beschlussvorschlag:**

Reine Wiederherstellungsmaßnahmen an Straßen (Fahrbahndecke, Straßenentwässerung, Versorgungsleitungen, Beleuchtung) sind zwischen den Trägern der Maßnahmen zu koordinieren und so zu planen, dass Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG in Verbindung mit der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt erhoben werden können.

Eine Beschlussfassung hierüber erfolgt in der jeweils zuständigen Bezirksvertretung in nur einer Lesung mit anschließender Informationsveranstaltung für die betroffenen Anlieger.



Die Vorlage Nr. 0531/2005, Anliegerbeitragspflichtige Wiederherstellungsnahmen an Straßen wurde im Februar in allen Bezirksvertretungen beraten.

Aufgrund der durchgängig ablehnenden Beschlussfassungen wird nunmehr ein alternativer Beschlussvorschlag unterbreitet. Wegen der rechtlichen und finanziellen Notwendigkeit sowie der gebotenen einheitlichen Verfahrensweise im gesamten Stadtgebiet soll eine abschließende Beschlussfassung im Rat der Stadt erfolgen.

BEGRÜNDUNG

Teil 3 Seite 1

Drucksachennummer:

0156/2006

Datum:

20.02.2006

Mit der als Anlage beigefügten Verwaltungsvorlage Drucksachen-Nr. 0531/2005 ist den Bezirksvertretungen die rechtliche und finanzielle Notwendigkeit aufgezeigt worden, Baumaßnahmen an Straßen zu koordinieren und so zu planen, dass hierfür Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG in Verbindung mit der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt erhoben werden können.

Da es sich hierbei um reine Wiederherstellungsmaßnahmen handelt, die einen Ausbaugesaltungsspielraum nicht zulassen, ist vorgeschlagen worden, auf eine Beschlussfassung in der jeweils zuständigen Bezirksvertretung und eine Bürgeranhörung zu verzichten. Sämtliche Bezirksvertretungen haben den Beschlussvorschlag abgelehnt. Hierbei kam u.a. zum Ausdruck, dass eine Einschränkung ihrer Zuständigkeiten und insbesondere der Verzicht auf eine Bürgerbeteiligung politisch nicht gewollt sei.

Um diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, schlägt die Verwaltung nunmehr alternativ vor, die reinen Wiederherstellungsmaßnahmen den Bezirksvertretungen in nur einer Lesung zur Beschlussfassung vorzulegen und dann anschließend eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Da die vorgeschlagene Verfahrensweise von grundsätzlicher Bedeutung für das gesamte Stadtgebiet ist und auch finanzielle Auswirkungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung tangiert werden, ist eine abschließende Beratung dieser Vorlage im Rat der Stadt angezeigt.

**FINANZIELLE
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0156/2006

Datum:

20.02.2006

☐ Bei der aufgezeigten Verfahrensweise werden zusätzliche Beitragseinnahmen erzielt. Die Höhe bestimmt sich nach der Anzahl der Maßnahmen.

Veröffentlichung:

Ja
Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

- 66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken
- 20 Stadtkämmerei
- 67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb
- SEH Stadtentwässerung Hagen - Anstalt öffentlichen Rechts

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

